



## Bericht aus Berlin

14 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 14 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

*Peter Götz*

# Aus dem Plenum

## Deutschland braucht ein stärkeres Europa

Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betont in einem Beitrag über die Zukunft Europas: „Die Währungsturbulenzen der letzten Monate haben politische, wirtschaftliche und strukturelle Mängel in der Europäischen Union und der Euro-Zone schonungslos offengelegt. Die Politik muss handeln. Es gilt, die Defizite zu analysieren und daraus Konsequenzen zu ziehen. Europa muss konsequent und mit Vernunft umgebaut werden“. Der vollständige Wortlaut kann unter nachfolgendem Link nachgelesen werden:

[http://www.cducsu.de/Titel\\_text\\_interview\\_deutschland\\_braucht\\_ein\\_staerkeres\\_europa/TabID\\_6/SubTabID\\_9/InhaltTypID\\_3/InhaltID\\_19978/Inhalte.aspx](http://www.cducsu.de/Titel_text_interview_deutschland_braucht_ein_staerkeres_europa/TabID_6/SubTabID_9/InhaltTypID_3/InhaltID_19978/Inhalte.aspx)

Weitere Informationen: [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

## Regulierung der Finanzmärkte

Die für Freitag geplante Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 23.10.2011 in Brüssel sowie die damit vorgesehene verbundene Debatte zur Regulierung der Finanzmärkte, wurde auf kommenden Mittwoch verschoben. Die geplanten Maßnahmen zur Hebelung des Euro-Stabilitätsfonds EFSF bedürfen noch detaillierterer Abstimmungen. Merkel betonte, dass in Anbetracht der Komplexität der Entscheidungen „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ geht. Der am Sonntag tagende EU-Gipfel wird als „Vorbereitungsgipfel“ dazu dienen, sich umfassend unter den EU-Mitgliedstaaten abzustimmen, bis am Mittwoch die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone über die Maßnahmen entscheiden.

## Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

In dieser Woche hat der Bundestag das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege beschlossen. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder. Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschließen.

Zum **Zukunftsthema Pflege** lädt der CDU-Stadtverband Rastatt in Kooperation mit Peter Götz am **28. Oktober 2011 um 19.30h in die Reithalle Rastatt zu einer öffentlichen Veranstaltung** ein. Als Referenten konnte Peter Götz den Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema Pflege, Willi Zylajew MdB, sowie den Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater, Friedrich Bohl, gewinnen.

## Parlamentsdeutsch...

... **Parlamentsvorbehalt:** Der Deutsche Bundestag muss bestimmte Sachverhalte entscheiden oder an ihnen beteiligt werden. So bedarf ein bewaffneter Einsatz der Bundeswehr im Ausland der Zustimmung des Bundestages. Bei Beratungen über Rechtssetzungsakte der Europäischen Union in Brüssel muss die Bundesregierung einen Parlamentsvorbehalt einlegen und das „Benehmen“ mit dem Bundestag herstellen, wenn eine zuvor vom Bundestag abgegebene Stellungnahme in einem seiner wesentlichen Belange nicht durchsetzbar ist. Eingriffe in Freiheit und Eigentum sind nur durch oder aufgrund eines Gesetzes zulässig. Nach der Wesentlichkeitstheorie hat der Gesetzgeber in grundlegenden Bereichen, insbesondere bei Grundrechtsbezug, alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen. Rechtsverordnungen der Exekutive sind nur zulässig, wenn per Gesetz deren Inhalt, Zweck und Ausmaß festgelegt worden sind.

# Nachrichten

## CDU Ottersdorf im Reichstag



Bild: A. Wichert

Eine Delegation des CDU Ortsverbandes Ottersdorf besuchte unter Leitung des Vorsitzenden Tobias Bailer Peter Götz in Berlin. Die Gäste verfolgten eine Plenarsitzung auf der Besuchertribüne im Reichstag. Götz gab anschließend im Vorstandsraum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Überblick über seinen Arbeitsalltag in Berlin. Zum Abschluss besichtigte die Delegation die Reichstagskuppel.

## Peter Götz in Bern



Vom 15. bis 17. Oktober diesen Jahres nahm Peter Götz auf Einladung des Schweizer Parlaments an der 125. Vollversammlung der Interparlamentarischen

Union (IPU) in Bern teil. Die IPU bietet ein Dialogforum für aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Themen von internationalem Interesse für Parlamentarier aus 155 Ländern und arbeitet hierbei eng mit den Vereinten Nationen zusammen. Die fünfköpfige deutsche Delegation wurde von Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident des Deutschen Bundestages geleitet.

Unter Einbeziehung externer Experten diskutierten die Delegierten über Themen wie die Reform der Finanzmärkte, Grüne Wirtschaft, gute Regierungsführung sowie den Zugang zur Gesundheitsfürsorge als Grundrecht. Darüber hinaus entschieden die Delegierten die Strategie der IPU für die nächsten fünf Jahre. Die Strategie sieht vor, das Profil der IPU zu schärfen und ihre Aufgaben den Gegebenheiten in einer sich ändernden Welt und aktuell im Lichte der Finanzkrise anzupassen.

**Weitere Informationen zur IPU und zur Versammlung in Bern finden Sie unter**

**[www.ipu.org/english/home.htm](http://www.ipu.org/english/home.htm)**

## Götz: Kommunale Planungshoheit stärken

Im Plenum stand in dieser Woche u.a. auch ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum „Flächenverbrauch“ auf der Tagesordnung zu dem Peter Götz in seiner Rede u.a. kritisierte, dass die im Wettbewerb roter und grüner Landesregierungen nach oben gepuschte Grunderwerbsteuer das Wohnen unangemessen verteuert und notwendige Mobilität bremst. Die von den Grünen in ihrem Antrag geforderte „Flächenverbrauchsabgabe“ würde das Bauen für junge Familien nochmals verteuern. Sie stamme aus der ideologischen Mottenkiste der 70er Jahre. er kritisierte ferner, dass die von den Grünen gewollten neuen kommunalen Aufgaben, wie „Nachweispflichten für Innenentwicklungspotentiale“, „verpflichtendes Flächenmonitoring“ oder die bei der letzten Novelle zum Baugesetzbuch abgeschaffte „Revisionspflicht für Flächennutzungspläne“, neue Bürokratien schaffen. „Den Kommunen sollen nach dem Antrag Flächenausweisungsrechte zugestanden werden. Von wem denn? Vom Bund? Von den Ländern? Dies wäre nur mit einem neuen bürokratischen Monster zu bewältigen. Das ist der falsche Weg. CDU und CSU wollen vielmehr die kommunale Planungshoheit stärken, damit die Kommunen ihre Entwicklung eigenverantwortlich steuern können. Die anstehende Novelle zum Baugesetzbuch bietet dafür eine Reihe von Möglichkeiten. Für uns gilt, dass die kommunalen Mandatsträger vor Ort am besten wissen, wie sie die Zukunft ihrer Gemeinde gestalten. Fehlentwicklungen auf der „Grünen Wiese“ wollen wir nicht mit neuer Bürokratie, Steuern oder Abgaben, sondern mit Anreizen entgegenwirken“, erklärte Götz in seinem zu Protokoll gegebenen Redebeitrag.

## Einige interessante Daten und Fakten...

### Arbeitslosigkeit weiter gesunken

Auch im September hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist weiter zurückgegangen und sank im Vergleich zum Vormonat um 149.000 auf 2.796.000. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren damit 231.000 weniger Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote reduziert sich damit weiter um 0,4% auf 6,6%. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen weiter und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor hoch. Die Zahl der Erwerbstätigen im August ist gegenüber dem Vorjahr um 515.000 auf 41,20 Millionen gestiegen. Im September wurden mit 501.000 gemeldeten Arbeitsstellen 104.000 mehr gemeldet als im Vorjahr.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

### Studiengebühren halten Studienberechtigte nicht vom Studium fern

Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mindert die Einführung von Studiengebühren nicht die Studienbereitschaft. Vielmehr zeige sich, dass die Studienberechtigten die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang, insbesondere mit höheren Ertragschancen, „verrechnen“. Aus diesem Grund war die Neigung an die Universität zu gehen in Bundesländern mit Studiengebühren nicht niedriger als in gebührenfreien Bundesländern. Dieses Phänomen trat vor allem bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten auf, also bei der Gruppe, für die ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren in Form eines Rückganges der Studienaufnahme prophezeit wurde.

(Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

### Deutsche so glücklich wie seit langem nicht

Die Lebenszufriedenheit der Deutschen ist aktuell so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr, dies zeigt der Glücksatlas der Deutschen Post. Mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0 bis 10) sind die Deutschen heute so glücklich wie zuletzt 2001. Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland war mit 0,3 Punkten noch nie so gering wie heute. Zum Vergleich: 1991 betrug er noch 1,3 Punkte. In Sachen Glücksranking hat Sachsen sogar mittlerweile den Anschluss an den Westen gefunden und Hessen überholt. Hamburg ist laut Glücksranking 2011 mit 7,38 Punkten die glücklichste Region Deutschlands, gefolgt von Niedersachsen/Nordsee mit 7,14 Punkten. Baden schneidet mit 7,01 Punkten ab, Württemberg mit 6,94. Auf Platz 1 der besonderen individuellen Glücksbringer steht das subjektive Gesundheitsempfinden, gefolgt von einer Partnerschaft, sozialen Kontakten und regelmäßiger sportlicher Aktivität. Als gefürchtetster Glückshemmer gilt analog ein schlechtes Gesundheitsempfinden, gefolgt von dem Tod des Partners und Arbeitslosigkeit.

(Quelle: Glücksatlas 2011 der Deutschen Post)